

V2509 Richtlinienmotion (SP/JUSO) „Entlastung der Könizer Vereine durch die Reduktion der Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Vorstosstext

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen in Köniz spürbar¹⁾ zu senken oder zu erlassen, um die ansässigen Vereine finanziell zu entlasten. Die «Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen durch Dritte» ist entsprechend anzupassen.

Begründung

Die Vereine spielen eine zentrale Rolle im sozialen Leben einer Gemeinde. Sie bringen Menschen mit gemeinsamen Interessen zusammen, fördern den Austausch zwischen Generationen und stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob Sport, Musik, Kunst oder soziales Engagement – Vereine bieten eine Plattform für aktive Freizeitgestaltung und ehrenamtliches Mitwirken. Durch ihre Arbeit tragen sie massgeblich zur Lebensqualität und Identifikation der Einwohner:innen einer Gemeinde bei. Die Gemeinde Köniz verfügt über ein vielfältiges Vereinswesen, dass unbedingt erhalten bleiben muss.

In der «Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen durch Dritte» sind die Bedingungen für die Benützung durch Vereine und andere Organisationen geregelt. Der Gemeinderat hat aufgrund eines Vorstosses im Jahr 2015 die Tarife per 1.1.2018 massiv erhöht. Die Erhöhungen beliefen sich auf ca. 50% der Einzelbelegungen respektive ca. 35% bei Dauerbelegung. Dies vor dem Hintergrund, dass dadurch der Deckungsbeitrag zwischen den Einnahmen und den realen Kosten von 20% auf 50% erhöht werden kann. Der Tarif für Junior:innen von einem Sechstel des Grundbetrages wurde beibehalten.

Die Vereine in Köniz stehen seit der Erhöhung vor einer grossen finanziellen Herausforderung. Die aktuell hohen Kosten stellen für viele Vereine eine erhebliche Belastung dar und gefährden deren langfristige Existenz. Einige Vereine haben bereits mehrfach die Mitgliederbeiträge erhöhen müssen. Ohne spürbare Entlastung müssen weitere Vereine die Mitgliederbeiträge massiv erhöhen oder ihre Aktivitäten einschränken oder gar aufgeben. Dies hätte weitreichende Folgen für das soziale, kulturelle und sportliche Leben in der Gemeinde Köniz.

Im Vergleich mit anderen Gemeinden fallen die Gebühren in der Gemeinde Köniz für Vereine hoch aus. Im Quervergleich werden in den Gemeinden Schwarzenburg, Belp und Zollikofen für einheimische Vereine grundsätzlich keine Gebühren erhoben (Ausnahme Zollikofen am Wochenende). In Münsingen wird zwischen Kindern und Jugendlichen sowie Erwachsenen unterschieden. Bei Vereinsaktivitäten mit Kindern und Jugendlichen wird keine Gebühr erhoben. Der Tarif für die Erwachsenen fällt im Vergleich deutlich tiefer aus als in Köniz.

Gemäss Anhang 1 der Verordnung besteht eine Vielzahl unterschiedlicher Tarife, die eine differenzierte Abrechnung erforderlich machen. Die damit verbundene administrative Bearbeitung sowie die Weiterverrechnung an die Vereine erfordern einen nicht unerheblichen personellen Aufwand. Diese Prozesse binden wertvolle personelle Ressourcen, die anderweitig effizienter eingesetzt werden könnten. Durch die Abschaffung dieser komplexen Verrechnungsmechanismen liesse sich die Bürokratie spürbar reduzieren. Gleichzeitig würden dadurch Kapazitäten frei, die gezielt für andere Aufgaben genutzt werden könnten.

Um das Vereinswesen, das grösstenteils im Ehrenamt ausgeführt wird, zu erhalten und zu stärken, braucht es dringend eine Reduktion resp. einen Erlass der Nutzkosten der Schul- und Sportanlagen. Nur damit bleibt das vielfältige Vereinsleben in Köniz erhalten und die Gemeinde profitiert langfristig von einem aktiven und engagierten Gemeinwesen. Diese Reduktion resp. der Erlass der Gebühren darf jedoch keinen Einfluss auf den Pro-Kopf-Förderbeitrag für die Jugendarbeit der Vereine haben.

5. Mai 2025, Brigitte Rohrbach

Eingereicht

05.05.2025

Unterschrieben von 25 Parlamentsmitgliedern

Brigitte Rohrbach, Géraldine Boesch, Janka Hamm, Arlette Mürger, Bülent Celik, Jutta Gubler Kläne-Menke, Urs Mumenthaler, Isabelle Steiner, David Müller, Klaus von Muralt, Sara Gasser Mayra Faccio, Laura Hoffman, Lukas Erni, Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, Roland Hofer, Andrea Winzenried, Heidi Eberhard, Sandra Röthlisberger, Katja Streiff, Toni Eder, Christine Müller, Selin López, Reto Zbinden

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

2. Ausgangslage

Die Motion der SP JUSO beauftragt den Gemeinderat, die Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen spürbar zu senken oder zu erlassen, um die ansässigen Vereine finanziell zu entlasten. Zudem soll die Verordnung 430.61 über die Benützung der Schul- und Sportanlagen durch Dritte angepasst werden. Als Richtgrösse wird das Tarifniveau vor der Erhöhung per 1. Januar 2018 genannt.

3. Bisherige Entscheide und Ziele seit 2018

Im Januar 2015 wurde die Motion 1502 „Umgestaltung der Gebühren für die Nutzung öffentlicher Schul- und Sportanlagen“ eingereicht. Diese verlangte eine Erhöhung der Tarife, welche aus dem 1999 stammten.

Aufgrund dessen wurde die letzte umfassende Überprüfung der Benützungsgebühren im 2017 durchgeführt. Per 1. Januar 2018 trat eine Anpassung in Kraft, mit folgenden Zielen:

- Erhöhung des Kostendeckungsgrads von rund 20 Prozent auf bis zu etwa 50 Prozent,
- Abdeckung steigender Aufwendungen für Unterhalt, Reinigung und Betrieb bei deutlich gestiegener Belegung,
- Lenkungswirkung zur Vermeidung von Doppel und Vorratsbuchungen,
- Positionierung zwischen höheren Tarifen der Stadt Bern und Gebührenfreiheit in Belp.

Die Verordnung 430.61 stützt sich auf Art. 60 Buchstabe i der Gemeindeordnung und Art. 10 Buchstabe b des Bildungsreglements. Sie wurde am 28. Juni 2017 erlassen, trat am 1. Januar 2018 in Kraft und wurde am 2. März 2022 punktuell angepasst, insbesondere im Anhang.

Die Mehreinnahmen wurden mit rund 100'000 Franken pro Jahr beziffert, wovon ein Teil gezielt in Infrastruktur und vereinsnahe Ausstattungen reinvestiert werden sollte.

Grundgedanken der seit 2018 vorliegenden Verordnung ist es den Deckungsgrad der realen Kosten zu erhöhen. Weiter sollte auch der Anreiz gefördert werden, die Infrastrukturen effizient zu nutzen. So sollten Doppelbuchungen (innen und aussen) sowie Reservationen auf Vorrat mit einem höheren Tarif minimiert werden.

4. Heutige Regelung

Die Verordnung regelt Benützungsbewilligungen für Vereine und Organisationen, im Sonderfall für Privatpersonen. Die Tarife differenzieren nach Anlagenkategorien, Belegungsarten und Nutzergruppen. Wesentliche Elemente sind:

- Jugendgruppen entrichten 1/6 des Pauschalbetrags, beim Einzelbeitrag 1/2,
- Zuschlag für auswärtige Benützer 200 Prozent,
- Zuschläge für kommerzielle Nutzungen,
- Rabatt ab einem Jahresumsatz pro Verein bei Dauerbelegungen.
- Pauschalen für Meisterschaftsspiele
- Rabatt von 20% auf Jahresgebühr für Dauerbelegungen ab einem Jahresumsatz von 5'000.- pro Verein

5. Einordnung des Anliegens

Der Gemeinderat anerkennt die zentrale Bedeutung der Vereine für Sport, Kultur, Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Köniz.

- ermöglichen Zugang zu Sport und Kultur unabhängig von Einkommen, sie senken Eintrittshürden für Kinder und Jugendliche, für Familienhaushalte und für Menschen mit besonderen Bedürfnissen,
- leisten Präventions- und Integrationsarbeit im Sinn der öffentlichen Gesundheit, sie fördern Bewegung, regelmässige Sozialkontakte und stabile Tagesstrukturen,
- engagieren sich in der Nachwuchsförderung, von Breite bis Leistung, sie schaffen Durchlässigkeit zwischen Schule, Verein und Verband, sie tragen zur Talententwicklung bei,
- erbringen erhebliche Freiwilligenarbeit, sie investieren unbezahlte Stunden in Training, Betreuung, Organisation, Turniere, Anlässe, Unterhalt,

Diese Leistungen erzeugen einen Mehrwert über den Vereinszweck hinaus. Sie entlasten kommunale Angebote in Prävention und Integration, sie stärken die Lebensqualität in den Quartieren und tragen zur Attraktivität der Gemeinde bei. Vor diesem Hintergrund ist das Anliegen einer spürbaren Entlastung bei den Gebühren nachvollziehbar. Die Gebührenordnung erfüllt jedoch neben der Finanzierung auch eine Steuerungsfunktion, sie unterstützt eine faire Vergabe von knappen Kapazitäten und hilft, Leerbezüge und Blockierungen zu vermeiden. In der weiteren Prüfung ist deshalb das Zusammenspiel von Entlastung, Zugangsgerechtigkeit und Kapazitätssteuerung sorgfältig auszubalancieren.

6. Finanzielle und betriebliche Aspekte

Mit der Tarifierpassung 2018 wurden Mehreinnahmen von rund 100'000 Franken pro Jahr erzielt. Eine Rückkehr zu tieferen Tarifen würde in vergleichbarer Grössenordnung Mindereinnahmen verursachen. Auswirkungen bestehen insbesondere auf:

- den Finanzierungsspielraum für Unterhalt, Reinigung und kleinere Ersatzinvestitionen,
- allfällige zweckgebundene Mittel für vereinsnahe Infrastrukturbedürfnisse,
- die Lenkungsfunktion der Tarife, insbesondere die Vermeidung leerer Reservierungen und Blockierungen.

7. Prüfraumen und Variantenraum

Der Gemeinderat ist bereit, Varianten einer Entlastung zu prüfen. Im Zentrum stehen insbesondere:

- Variante A, Rückkehr zu tieferen Tarifniveaus: Rückführung ausgewählter Tarife in Richtung Stand vor 2018, je nach Anlagenkategorie oder Belegungsart, unter Erhalt der Jugendermässigungen. Wirkung, deutliche Entlastung, Mindereinnahmen in der Grössenordnung der damaligen Mehreinnahmen.
- Variante B, gezielte Teilentlastungen: Fokus auf Vereine mit Kinder und Jugendangeboten und auf Dauerbelegungen, zum Beispiel weitergehende Reduktionen gegenüber heute, Entlastung bei wiederkehrender Nutzung, unveränderte oder moderat angepasste Ansätze bei Einzelbelegungen und bei kommerziellen Nutzungen. Ziel, spürbare Entlastung mit begrenzter Haushaltswirkung.
- Variante C, strukturelle Vereinfachung: Überprüfung von Anhang 1 auf Reduktion von Tarifpositionen, klarere Pauschalen, mehr Transparenz für Vereine und Verwaltung, damit weniger administrativer Aufwand bei guter Planbarkeit.

Alle Varianten sind hinsichtlich Budgets, Infrastrukturfinanzierung, Kapazitätssteuerung und Gleichbehandlung zu prüfen. Flankierend sind bei Bedarf No Show Regeln, klare Fristen bei Absagen oder Kontingente für Spitzenzeiten zu prüfen, damit Kapazitäten trotz Entlastung effizient genutzt werden.

8. Pro Kopf Beiträge

Die Gemeinde Köniz unterstützt Vereine, Organisationen und Gruppen mit Pro Kopf Beiträgen für Kinder und Jugendliche, die regelmässig an Freizeitangeboten teilnehmen. Die Beiträge sind in der Verordnung 1.2.4 w3 geregelt. Der Gemeinderat hat deren Höhe mit Beschluss vom 25. April 2018 auf CHF 50.00 festgelegt. An dieser Regelung sind im Rahmen der Motion keine Änderungen vorgesehen.

9. Weitere Überlegungen

Tarife erfüllen neben der Finanzierung eine Lenkungsfunktion. Ein vollständiger Erlass kann Kapazitätsblockaden begünstigen und die gerechte Vergabe erschweren. Auch bei tieferen Tarifen ist daher die Sicherstellung eines sorgsamen Umgangs mit den Anlagen und einer effizienten Belegung zentral. Diese Aspekte werden im Variantenvergleich berücksichtigt.

10. Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 12.09.2025

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 21. Mai 2025



Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin
T 031 970 92 02
cornelia.rauch@koeniz.ch

Köniz, 21. Mai 2025 rc

**V2509 Motion (SP/JUSO) „Entlastung der Könizer Vereine durch die Reduktion der Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen“
Formelle Prüfung der Motion**

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung 0.3 A 7 prüft der Gemeindeschreiber, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, die Gebühren für die Benützung der Schul- und Sportanlagen in Köniz spürbar (mindestens auf die Tarife vor der Erhöhung per 1.1.2018) zu senken oder zu erlassen, um die ansässigen Vereine finanziell zu entlasten. Die «Verordnung über die Benützung der Schul- und Sportanlagen durch Dritte» ist entsprechend anzupassen

Gemäss Art. 60 GO beschliesst der Gemeinderat den Erlass, die Änderung und die Aufhebung der Verordnungen (c) Benützungsgebühren). Die Anpassung der VO über die Benützung der Schul- und Sportanlagen, inkl. Gebührenanhang liegt in der Zuständigkeit des Gemeinderats.

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

Cornelia Rauch
Stv. Gemeindeschreiberin